



C/37/17

ORIGINAL: englisch

DATUM: 22. September 2003

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENF

DER RAT

Siebenunddreißigste ordentliche Tagung
23. Oktober 2003, Genf

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES ZÜCHTERRECHTSGESETZES
DER REPUBLIK ISLAND MIT DER
AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einführung

1. Mit Schreiben vom 14. Juli 2003 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Stefan H. Johannesson, Botschafter, Ständiger Vertreter der Republik Island beim Amt der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf, um Stellungnahme zur Vereinbarkeit des Züchterrechtsgesetzes Nr. 58/2000, das vom Parlament der Republik Island (nachstehend „Island“) erlassen und durch das Gesetz Nr. 72/2003 („das Gesetz“), ergänzt wurde, mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens („die Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokument wiedergegeben. Anlage II [nur in Englisch] enthält eine von der Regierung Islands vorgelegte Übersetzung des Gesetzes ins Englische.

2. Island hat die Akte von 1991 nicht unterzeichnet. Gemäß Artikel 34 Absatz 2 der Akte von 1991 hat es eine Beitrittsurkunde zu hinterlegen, um auf der Grundlage der Akte von 1991 Vertragspartei zu werden. Gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 kann eine derartige Urkunde nur dann hinterlegt werden, wenn der betreffende Staat den Rat um Stellungnahme zur Vereinbarkeit seiner Rechtsvorschriften mit den Bestimmungen der Akte von 1991 ersucht hat und die Entscheidung des Rates, in der die Stellungnahme enthalten ist, positiv ausfällt.

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Island

3. Der Schutz neuer Pflanzensorten wird in Island von dem Gesetz geregelt. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

4. Artikel 1 des Gesetzes sieht gemäß dem Begriff des Züchters in Artikel 1 Nummer vi der Akte von 1991 vor, wer zur Erwirkung des Schutzes berechtigt ist. Das Gesetz enthält keine Begriffsbestimmung der „Sorte“. Es wird empfohlen, eine Begriffsbestimmung der Sorte gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Nummer vi der Akte von 1991 in das Gesetz oder die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

5. Das Gesetz sieht die Erteilung eines Züchterrechts aufgrund eines beim Züchterrechtsausschuß eingereichten Antrags (Artikel 1 des Gesetzes) vor. Das Gesetz ist mit Artikel 2 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

6. Das Gesetz ist auf alle Gattungen und Arten anwendbar. Diese Information wurde durch eine Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums Islands vom 11. September 2003 bestätigt (im Namen des Ministers von Herrn Jon Skaptason unterzeichnet). Das Gesetz ist mit Artikel 3 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

7. Das Gesetz schränkt den Zugang ausländischer Staatsangehöriger oder von Inländern zum Schutz nicht ein. Artikel 3 des Gesetzes sieht in Absatz 4 vor: „... wenn der Antragsteller weder seinen Wohnsitz in diesem Land noch in einer Vertragspartei des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum [oder des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelszone] hat, verfügt er über einen Vertreter, der in diesem Land seinen Sitz oder Wohnsitz hat.“ Das Gesetz ist daher mit den Bestimmungen von Artikel 4 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

8. Das Gesetz sieht die Schutzvoraussetzungen in Artikel 2 in einer Weise vor, die die wesentlichen Elemente der Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 wiedergibt.

9. Genauer ausgedrückt, sieht Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes die Voraussetzung der Unterscheidbarkeit mit der entsprechenden Erläuterung der allgemein bekannten Sorten im letzten Absatz von Artikel 2 vor, was mit den Anforderungen von Artikel 7 der Akte von

1991 vereinbar ist. Es wird empfohlen, im Gesetz näher zu erläutern, daß die Kandidatensorte „deutlich“ unterscheidbar sein muß.

10. Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes enthält die Voraussetzung der Homogenität, sieht jedoch keine Begriffsbestimmung der Homogenität vor. Es wird empfohlen, diese Begriffsbestimmung gemäß dem Inhalt von Artikel 8 der Akte von 1991 in das Gesetz oder die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

11. Es wird empfohlen, Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes zu ändern, um die Begriffsbestimmung der Beständigkeit einzuführen, wie in Artikel 9 der Akte von 1991 vorgesehen.

12. Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes sieht die Voraussetzung der Neuheit gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 der Akte von 1991 vor. Es wird empfohlen, im Gesetz näher zu erläutern, daß die in Artikel 2 Absatz 4 Buchstaben a und b vorgesehenen Nachfristen vom Antragstag an berechnet werden.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

13. Kapitel II des Gesetzes enthält die Artikel 3 bis 8 bezüglich der Anträge. Das Gesetz enthält keine Bestimmungen, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

14. Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes läßt einen Prioritätsanspruch zu, der auf einem früheren Antrag in einem anderen Verbandsmitglied der UPOV während eines Zeitraums von 12 Monaten beruht. Es wird empfohlen, im Gesetz oder in den Durchführungsbestimmungen anzugeben, daß die Frist für die Priorität ab dem Tag der Einreichung des ersten Antrags an berechnet wird und daß der Tag der Einreichung in dieser Frist nicht eingeschlossen ist. Das Gesetz ist daher mit Artikel 11 Absatz 1 der Akte von 1991 vereinbar.

15. Das Gesetz räumt dem Antragsteller drei Monate für die Einreichung der entsprechenden Dokumente und Nachweise bezüglich des ersten Antrags ein, wie von Artikel 11 Absatz 2 der Akte von 1991 vorgeschrieben.

16. Es wird empfohlen, in das Gesetz oder die Durchführungsbestimmungen den wesentlichen Inhalt von Artikel 11 Absatz 3 der Akte von 1991 aufzunehmen, der es dem Antragsteller, der die Priorität des ersten Antrags beansprucht, erlaubt, das Gesuch zu stellen, die Prüfung der Sorte vom Tag des Ablaufs der Prioritätsfrist an um bis zu zwei Jahre oder, wenn der erste Antrag zurückgewiesen oder zurückgenommen wurde, um eine angemessene Frist aufzuschieben.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

17. Artikel 9 des Gesetzes enthält Bestimmungen bezüglich der Prüfung von Kandidatensorten, die mit Artikel 12 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

18. Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes sieht einen vorläufigen Schutz vom Tag der Einreichung des Antrags an vor. Es wird empfohlen, weitere Anleitung über die Durchführung von Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes in die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

19. Artikel 17 des Gesetzes sieht die Handlungen bezüglich der Vermehrung des Materials, die der Zustimmung des Züchters bedürfen, gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Akte von 1991 vor. Artikel 17 des Gesetzes sieht ferner Bestimmungen bezüglich des Ernteguts gemäß Artikel 14 Absatz 2 der Akte von 1991 vor. Artikel 16 des Gesetzes erwähnt die Sorten, die vom Züchterrecht erfaßt werden, die außer den nach dem Gesetz eingetragenen Sorten auch die im wesentlichen abgeleiteten Sorten sowie bestimmte andere Sorten gemäß den Bestimmungen von Artikel 14 Absatz 5 der Akte von 1991 umfassen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

20. Artikel 18 des Gesetzes sieht in den Absätzen 1, 2 und 3 die von Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 vorgeschriebenen drei verbindlichen Ausnahmen vor.

21. Um den Geltungsbereich der Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 in vollem Umfang einzubeziehen, wird empfohlen, nach „Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten“ in Artikel 18 Absatz 3 des Gesetzes folgenden Satz hinzuzufügen: „Das Züchterrecht erstreckt sich nicht auf Handlungen zum Zweck der Schaffung neuer Sorten, und, außer wenn die Bestimmungen über die im wesentlichen abgeleiteten Sorten und bestimmte andere Sorten gelten, Handlungen innerhalb des Geltungsbereichs des Züchterrechts bezüglich derjenigen Sorten, die aus der Züchtungstätigkeit hervorgehen“.

22. Artikel 16 Absatz 5 des Gesetzes sieht vor, daß „der Landwirtschaftsminister Regeln erlassen kann, die vorschreiben, daß Personen, die Sorten von ausdrücklich angegebenen Arten, die nur für private Tätigkeiten zu verwenden sind, ebenfalls Lizenzgebühren entrichten sollten“. Falls diese Bestimmung beabsichtigt, die freigestellte Ausnahme in Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 einzubeziehen, wird empfohlen, weitere Anleitung zur Umsetzung dieser Bestimmung in die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

23. Die in Artikel 16 der Akte von 1991 vorgesehenen Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts sind in Artikel 18 Absatz 4 des Gesetzes enthalten. In dieser Hinsicht enthält Absatz 4 den Begriff der regionalen Erschöpfung gemäß Artikel 16 Absatz 3 der Akte von 1991. Es wird empfohlen, den Geltungsbereich der Erschöpfungsregel durch Streichen des Wortes „Vermehrung“ in der ersten Zeile von Artikel 18 Absatz 4 zu ergänzen und die Begriffsbestimmung von „Material“ gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 16 Absatz 2 der Akte von 1991 in das Gesetz oder die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

24. Artikel 20 des Gesetzes enthält Bestimmungen bezüglich der Erteilung von Zwangslizenzen im öffentlichen Interesse durch den Landwirtschaftsminister. Diese Bestimmung erwähnt ferner, daß die Züchter in diesen Fällen eine angemessene Vergütung erhalten. Das Gesetz ist daher mit den Anforderungen von Artikel 17 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

25. Das Gesetz scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

26. Artikel 12 des Gesetzes sieht, vorbehaltlich der Zahlung der Jahresgebühr, eine Schutzdauer von 25 Jahren und für festgelegte Arten und Gattungen eine solche von 30 Jahren vor. Das Gesetz sieht daher eine Schutzdauer vor, die über der Mindestdauer liegt, und ist daher mit Artikel 19 der Akte von 1991 vereinbar.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

27. Die Artikel 10 und 11 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Sortenbezeichnungen. Diese Bestimmungen enthalten die wesentlichen Anforderungen nach Artikel 20 der Akte von 1991.

28. Artikel 11 Absatz 5 des Gesetzes sieht vor: „Der Landwirtschaftsminister kann deutlichere Regeln über die Sortenbezeichnungen erlassen.“ Es wird empfohlen, die Anforderungen der Absätze 1 Buchstabe b, 4, 5, 6, 7 und 8 von Artikel 20 der Akte von 1991 in das Gesetz oder die Durchführungsbestimmungen aufzunehmen, insbesondere im Zusammenhang mit Artikel 11 Absatz 4: „Der Züchterrechtsausschuß kann in Sonderfällen und auf Ersuchen des Züchters eine andere als die ursprünglich gebilligte Sortenbezeichnung genehmigen.“ Diese Bestimmung sollte gemäß der Verpflichtung nach Artikel 20 Absatz 5 der Akte von 1991 umgesetzt werden, der vorsieht, daß in allen UPOV-Verbandsmitgliedern dieselbe Bezeichnung eingetragen werden sollte, es sei denn, der Züchterrechtsausschuß sehe die Bezeichnung in Island als ungeeignet an. Infolgedessen sollte ein Vorschlag auf Ersuchen des Züchters für eine von der ursprünglich gebilligten Bezeichnung verschiedene Bezeichnung vom Züchterrechtsausschuß nur in Betracht gezogen werden, wenn diese Änderung dadurch gerechtfertigt ist, daß die ursprüngliche Bezeichnung in Island ungeeignet ist.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

29. Artikel 14 Absätze 1 und 2 des Gesetzes sehen die Gründe für die Nichtigkeitserklärung des Züchterrechts gemäß Artikel 21 Absatz 1 Nummern i und ii der Akte von 1991 vor.

30. Das Gesetz sieht keine Bestimmung über die Nichtigkeitserklärung des Züchterrechts, wenn es „einer nichtberechtigten Person erteilt worden ist, es sei denn, daß es der berechtigten Person übertragen wird“ nach Artikel 21 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vor. Es wird empfohlen, Artikel 14 des Gesetzes zu ergänzen, um die Bestimmung von Artikel 21 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 einzubeziehen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

31. Artikel 14 Absatz 2 des Gesetzes bezieht sich auf Fälle, in denen „der Züchterrechtsausschuß eine Sorte aus dem amtlichen Sortenregister streichen kann“. Die erste Situation betrifft den Verzicht des Züchters, die in den Unterabsätzen 2, 3 und 4 erwähnten übrigen Situationen entsprechen den Aufhebungsgründen, wie von Artikel 22 der Akte von 1991 vorgeschrieben.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung der Akte von 1991

32. Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, „geeignete Rechtsmittel für die wirksame Wahrung der Züchterrechte“ vorzusehen. Die Artikel 25 und 26 des Gesetzes sehen Geldstrafen und Schadensersatzzahlungen bei Verstößen gegen das oder Verletzungen des Züchterrechts vor. Das Gesetz ist daher mit Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 vereinbar.

33. Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, „eine Behörde für die Erteilung von Züchterrechten zu unterhalten ...“. Artikel 22 des Gesetzes sieht vor, daß der Landwirtschaftsminister die Mitglieder des Züchterrechtsausschusses ernannt, der für die Durchsetzung dieses Gesetzes zuständig ist. Das Gesetz ist daher mit Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 vereinbar.

34. Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 schreibt den Vertragsparteien vor, Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen bekanntzumachen. Artikel 7 Absatz 3 des Gesetzes sieht die Veröffentlichung der Anträge im Amtsblatt vor. Artikel 12 Absatz 4 des Gesetzes erwähnt, daß die Eintragungen von Züchterrechten im Amtsblatt zu veröffentlichen sind. Es wird empfohlen, im Gesetz oder in den Durchführungsbestimmungen klarzustellen, daß die Veröffentlichung des Antrags auch die Veröffentlichung der vorgeschlagenen Sortenbezeichnung und die Veröffentlichung der Eintragung auch die Veröffentlichung der eingetragenen oder gebilligten Sortenbezeichnung umfassen sollte. Die Bestimmungen des Gesetzes entsprechen im wesentlichen Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlußfolgerung

35. Das Verbandsbüro schlägt dem Rat daher vor, er möge die Regierung Islands davon unterrichten, daß das Gesetz in seinen wesentlichen Bestimmungen dem Inhalt der Akte von 1991 entspricht, jedoch einiger Änderungen bedarf, die in den Absätzen 9, 11, 12, 21, 23 und 30 dieses Dokuments dargelegt sind, damit es die Akte von 1991 in vollem Umfang erfüllt. Nach der Aufnahme der erforderlichen Änderungen in das Gesetz kann Island seine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen.

36. Der Rat wird ersucht, die obigen Informationen zur Kenntnis zu nehmen und die im vorhergehenden Absatz dargelegte Entscheidung zu billigen.

[Anlage I folgt]

C/37/17

ANLAGE I

Internationaler Verband zum Schutz
von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
Herrn Dr. Kamil Idris, Generalsekretär
34, chemin des Colombettes
CH-1211 Genf 20

Ständige Vertretung der Republik Island
49, Avenue Blanc
Postfach 86
CH-1211 Genf 20

Genf, den 14. Juli 2003

Sehr geehrter Herr Dr. Idris,

ich beehre mich, Sie davon zu unterrichten, daß das Parlament der Republik Island am 19. Mai 2000 das Züchterrechtsgesetz Nr. 58/2000 verabschiedete.

Die Republik Island beabsichtigt, dem Internationalen Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV-Übereinkommen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (Akte von 1991)) beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 wäre ich sehr dankbar, wenn der Rat der UPOV Stellung zur Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften der Republik Island mit den Bestimmungen der Akte von 1991 nehmen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Stefan H. Johannesson
Botschafter
Ständiger Vertreter

Anlage: Züchterrechtsgesetz und
amtliche Übersetzung ins Englische

[Anlage II folgt]

ANNEXE II / ANNEX II / ANLAGE II / ANEXO II

BREEDER'S RIGHT ACT

No 58 of 19 May 2000

Date of entry into force 26 May 2000. Amended by Act No 72/2003 (Date of entry into force 10 April 2003).

CHAPTER I

General ProvisionsArticle 1

A person who has bred, or discovered and developed a new variety (a variant or a strain of a plant species) or another person who has acquired the person's right, a breeder, can, in accordance with the present Act, acquire exclusive right to exploit it for professional reasons. A right concerning a variety (breeder's right) is granted on the basis of an application filed with the Breeder's Right Committee, cf. Article 22.

The Minister of Agriculture is responsible for the implementation of the present Act.

Article 2

Breeder's right may be granted when a variety is:

1. distinct, i.e. it is distinguishable from any other variety the existence of which is a matter of common knowledge at the time of the filing of the application, cf. paragraph 2;
2. Sufficiently uniform;
3. stable with respect to the characteristics used to distinguish it from other varieties, cf. paragraph 1, when being propagated using the method specified by the breeder; and
4. new, i.e. propagating material of the variety or its harvest has not, with the breeder's consent, been sold or offered for sale to the public or otherwise disposed of for purposes of exploitation for professional reasons:
 - a) in this country, for a longer period than one year, or
 - b) abroad, for a longer period than four years, yet for six years in the case of trees or of vines.

The existence of a variety shall be deemed to be a matter of common knowledge provided it has been sold or offered for sale to the public, entered in an official register of varieties, or it is a matter of common knowledge by other means. Where a variety has been characterized in an application for a breeder's right, a patent application, or an application for

its entry into an official register of varieties in this country or in another state, its existence shall be deemed a matter of common knowledge from the time of the filing of the application onward. This will only apply given the aforementioned applications have lead to approval.

CHAPTER II

Application

Article 3

An application for the entry of a variety into an official register of varieties shall be filed in writing with the Breeder's Right Committee.

An application for a variety shall comprise a characterization of the variety and specify in particular what distinguishes it from other varieties. It shall also include a suggested denomination for the variety together with the name and address of its innovator. The applicant's name, identification number and address shall also be indicated.

Where the applicant and the innovator are not the same person the applicant shall verify his or her authority to apply for a breeder's right.

Where the applicant neither resides nor is established in this country or in any State Party to the Agreement on the European Economic Area [or the Agreement Establishing the European Free Trade Association]¹ he shall have an agent residing, or who is established, in this country.

The Breeder's Right Committee may instruct the applicant to provide, within a prescribed period, any information required to process his or her application. The Breeder's Right Committee may also instruct the applicant to provide, within a prescribed period, documents and material for examination, cf. Article 9.

The applicant shall pay an application fee of ISK 30 000.

Article 4

On receipt of a valid application it shall be entered into the Breeder's Right Committee's Diary without delay and a copy of the application, together with an inscription containing the date of entry into the Diary, shall be forwarded to the applicant.

The Diary shall be open to the public with the exception of information on lines forming a hybrids variety and their characterization, provided the applicant has insisted that such information will be kept secret.

Article 5

If, within a prescribed period of time, the applicant does not provide information, or documents and material requested be the Breeder's Right Committee in accordance with the fifth paragraph of Article 3, the Committee may delete the application from the Diary.

Article 6

From the date of application onward the applicant has the right of protection of a variety preceding that of others who subsequently apply for protection of the same variety.

On request submitted by the applicant the Breeder's Right Committee can deem the application to have been received concurrently with the first application for breeder's right in any Member State of The International Union for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV), provided the first application was filed during the last twelve months before the date of application in this country. Such request shall be included in the application and evidence produced of the receipt of the first application within three months from the date of application in this country.

Article 7

As soon as possible, after the entry of an application into the Breeder's Right Committee's Diary, the Committee shall conduct a preliminary examination to determine if a variety fulfils the conditions of protection.

If the Committee is of the opinion, on having concluded the examination, that the conditions have been fulfilled it shall publish a notification in the National Gazette, including an appeal to possible interested parties to object against the registration of the variety within a prescribed period.

On the other hand, if the Committee is of the opinion that conditions have not been fulfilled the applicant shall be given time to submit observations. The application shall be notified in the National Gazette, provided the applicant's observations have changed a conclusion drawn earlier.

Article 8

If, on the basis of observations submitted, the Breeder's Right Committee decides to delete an application from its Diary and cancel the examination, a notification shall be published to that effect in the National Gazette.

The Breeder's Right Committee will not rule on questions concerning the applicants right to a variety. The Committee shall call the parties attention to the fact that matters of dispute may be presented to a Court of Law. Where the Committee is notified of a court action the application shall be inscribed accordingly.

CHAPTER III

Examination and Registration

Article 9

The Breeder's Right Committee shall, before a variety can be protected and subject to Article 21, determine whether the variety is in compliance with the conditions for protection,

cf. Article 2, by way of a special examination if necessary, and whether it has the distinctive characteristics specified in the application.

The applicant may be required to make a payment to the Committee owing to its examinations expenses, cf. the first paragraph of this Article. Such a payment shall in no case exceed ISK 30 000.

Article 10

Where a variety is deemed to be in compliance with the conditions for protection, the Breeder's Right Committee shall register it in the official register of varieties under an approved variety denomination, cf. Article 11.

The Breeder's Right Committee can reject an application for registration of a variety if the applicant does not answer, within a prescribed period, the Committee's plea to propose a denomination of the variety or propose a new denomination for it, if the Committee holds the belief that the proposed denomination does not meet the conditions imposed.

Where an action has been brought before a court of law, cf. the second paragraph of Article 8, a note to that effect shall be entered into the official register of varieties.

Article 11

An approved denomination shall be applied to designate a variety, which shall be maintained even when the variety is no longer protected.

The denomination may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties of the species in question. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety, or the identity of the breeder. It must be different from every denomination, which already designates an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

An additional denomination may be used in relation to the variety denomination.

The Breeder's Right Committee may, in special cases and at the breeder's request, authorize a different denomination for a variety from that which was originally approved.

The Minister of Agriculture may establish more express rules on variety denominations.

Article 12

On having registered a variety the Breeder's Right Committee will issue a breeder's right document and deliver it to the applicant against the payment of a registration fee of ISK 3 000. This document is valid for one year and is renewable one year at a time for up to 25 years.

Protection in accordance with a breeder's right document is renewed by way of a payment of the annual fee to the Breeder's Right Committee. The annual fee is due on the date of issue of the breeder's right document. The annual fee for each year from the first year of payment until the 10th year of payment is ISK 3 000. The fee for each year from the

11th year until the 25th year is ISK 6 000. The fee for each year from the 26th year until the 30th year is ISK 9 000.

Notwithstanding the first paragraph of this Article the Minister of Agriculture may provide for a longer period of validity with respect to a breeder's right document concerning specified species and genera, thus allowing a variety to be protected for up to 30 years.

A registration notice shall publish in the National Gazette.

Article 13

Subsequent to registration the Breeder's Right Committee may check the breeder's compliance with the requirement to preserve the variety in a satisfactory manner. For this purpose, and within the period prescribed by the Committee, the breeder shall provide the Committee with necessary material for propagation of the variety in question.

Article 14

The Breeder's Right Committee shall declare a breeder's right granted by it null and void when it is established:

1. that a variety does not comply with the conditions of being distinct and new, laid down in subparagraphs 1 and 4 of the first paragraph of Article 2, at the time of the grant of the breeder's right;
2. that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, a variety does not comply with the conditions of being sufficiently uniform and stable, laid down in subparagraphs 2 and 3 of the first paragraph of Article 2, at the time of the grant of the breeder's right.

The Breeder's Right Committee may delete a variety from the official register of varieties if:

1. the breeder files a request with the Committee to that effect;
2. the annual fee is unpaid;
3. a variety does no longer comply with the conditions of being sufficiently uniform and stable, laid down in subparagraphs 2 and 3 of the first paragraph of Article 2;
or
4. the breeder does not answer, before the end of a prescribed period, the Committee's plea to:
 - a) provide it with necessary material for propagation of the variety for the purpose of surveillance subsequent to registration, or

- b) propose a new variety designation, where the Committee has, subsequent to registration of the variety, established that an approved designation does not comply with rules laid down by the Minister of Agriculture.

A variety shall be deleted from the official register of varieties two months after the breeder has been notified in a verifiable manner of the decision of the Breeder's Right Committee, unless he files a lawsuit before the end of that period.

Article 15

Where a variety has been deleted from the official register of varieties it will not be registered anew. The Breeder's Right Committee shall publish a notification to that effect in the National Gazette together with justifications.

CHAPTER IV

Breeder's Right

Article 16

Breeder's right comprises:

1. varieties registered in accordance with the present Act;
2. any other plant groupings, which are not clearly distinguishable from the registered variety;
3. varieties essentially derived from the registered variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety; and
4. varieties the production of which requires the repeated use of the registered variety.

For the purposes of subparagraph 3 of the first paragraph above, a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety when:

1. it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety;
2. it is clearly distinguishable from the initial variety; and
3. except for the differences, which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

Article 17

Breeder's right entails that others may not perform the following acts in respect of the propagating material of the protected variety without the authorization of the breeder:

1. exploiting of the material commercially for the purposes of production, propagation, or conditioning for the purpose of propagation;
2. importing or exporting, offering for sale, selling or other marketing; or
3. stocking for any of the purposes mentioned in subparagraphs 1 and 2 above.

The breeder may make his or her authorization subject to conditions, including the payment of an equitable licensing fee.

The Minister of Agriculture may establish rules prescribing that persons, who propagate varieties of particularly specified species solely to be used for private operating activities, should also pay licensing fees.

Persons who for commercial purposes propagate varieties or sell propagating material of varieties shall provide the breeder with the necessary details for the purposes of the collection of licensing fees.

The provisions of paragraph one to four above also apply to harvested material of a variety obtained through the exploitation of its propagating material, where the breeder has not:

1. authorized the said exploitation; and
2. had the opportunity to use his or her right in accordance with the first paragraph above.

The conditions imposed by the breeder, in accordance with the second paragraph above, shall only apply to the use and provision referred to in the first paragraph above. The conditions shall be reasonable and all producers shall receive equal treatment.

Article 18

Breeder's right does not extend to:

1. use for private but not professional reasons;
2. use in experiments;
3. acts done for the purpose of breeding;
4. use of propagating material of a variety marketed by the breeder or his or her agent in the European Economic Area [or in a State Party to the Agreement Establishing the European Free Trade Association], provided that the above mentioned use does not involve:

- a) further propagation of the variety in question,
- b) an export of material, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

Article 19

The Breeder's Right Committee shall, after being requested to do so, examine whether conditions imposed by the breeder for his or her approval, in accordance with the second paragraph of Article 17, comply with the sixth paragraph of that Article.

Article 20

Where the breeder has not guaranteed plentiful supply of propagating material of the protected variety in this country on favourable terms, to the extent and by the means necessary in order to secure sufficient domestic production of foodstuffs and other widespread public interest, the Minister of Agriculture may authorize a person, who wishes to exploit the variety, to do so. The provisions of Articles 49 and 50 of the Patent Act No 17/1991, as amended, apply, where appropriate, to non-voluntary licensing with respect to varieties. The Minister may require breeders to provide licensees with the necessary propagating material of the variety against equitable remuneration.

Article 21

From the date of application until the date of registration in the official register of varieties, breeders may impose conditions, in accordance with the second paragraph of Article 17, provided they submit notification to that effect to the Breeder's Right Committee. In that case the protection period, in accordance with Article 12, is authentic from the date of registration of the said notification in the Breeder's Right Committee's Diary. The provisions of Articles 11 and 20 shall apply in a similar way in the application period.

In the event that a cultivator pays licensing fee before the application has been dealt with, the fee shall be credited to a deposit account under the breeder's name. The amount shall become accessible once the variety has been registered. If the application is rejected, the fee shall be reimbursed at a certain rate of interest.

Every person is free to use a variety for propagation purposes, where an application for the protection of that variety has been withdrawn or rejected. Cultivators, who have used the variety in the application period, will acquire the same status as if they were using an unprotected variety.

CHAPTER V

Administration

Article 22

The Minister of Agriculture will appoint the members of the Breeder's Right Committee for four years at a time whose duty is to implement Chapters II to IV of the present Act.

The Committee shall be composed of at least three members and five members at the most. At least one member of the Committee shall be an expert in the cultivation and breeding of exploitable plants and another an expert in the field of property right.

Article 23

Decisions of the Breeder's Right Committee, based on Chapters II to IV, shall not be subjects of recourse to other administrative bodies.

Article 24

[Where a breeder neither resides nor is established in this country, in any State Party to the Agreement on the European Economic Area or a State Party to the Agreement Establishing the European Free Trade Association, matters can be referred to his or her agent.]¹ Where the breeder or his or her agent cannot be reached, the provisions of the Civil Proceedings Act or the Act on the Publication of Law and Administrative Affairs shall be observed, as appropriate.

Article 25

A person, who deliberately restricts the right of a breeder pursuant to the present Act or pursuant to rules based on it, shall be fined.

A legal person, who commits such an offence, may be sentenced to pay monetary damages.

Article 26

A person, who deliberately or negligently restricts the right of a breeder, shall pay an equitable fee for the exploitation of a variety and compensations for other damages caused by his or her restrictions.

CHAPTER VI

Entry into Force and Other Provisions

Article 27

The Minister of Agriculture may, in the framework of Regulation, lay down more express provisions on the implementation of the present Act.

Article 28

The present Act shall enter into force forthwith.

[Fin de l'annexe II et du document/
End of Annex II and of document/
Ende der Anlage II und des Dokuments/
Fin del Anexo II y del documento]